[Vorname, Nachname], [Straße Hausnr.]. [PLZ Ort]

An die
[Name der Krankenkasse]
[Adresse der Krankenkasse]
[PLZ Ort]

 [Datum]

## [Versichertennummer]: Beschwerde zur Einschränkung der ärztlichen Behandlungsfreiheit durch die neue Vorhaltepauschale

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Versicherte/r Ihrer Krankenkasse möchte ich meine große Besorgnis über die ab 2026 geplanten Änderungen im Rahmen der sogenannten Vorhaltepauschale zum Ausdruck bringen.

Nach meinem Verständnis bedeutet diese Neuregelung, dass Hausärzte künftig unter einen Quotendruck geraten, bestimmte Behandlungen und Maßnahmen – unabhängig von der individuellen medizinischen Notwendigkeit – in einer vorgegebenen Häufigkeit durchzuführen. Dies stellt einen erheblichen Eingriff in die ärztliche Therapiefreiheit dar und widerspricht dem Grundsatz, dass medizinische Maßnahmen immer im Interesse der Patientinnen und Patienten und nach individueller Indikation erfolgen müssen.

Eine auf Quoten beruhende Behandlungspraxis führt unweigerlich dazu, dass die Entscheidung über die medizinische Versorgung nicht mehr allein auf dem ärztlichen Fachwissen und dem Patientenwohl basiert. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass durch diese Vorgaben wirtschaftliche Interessen und der Einfluss von Lobbyverbänden – insbesondere aus der Pharmaindustrie – gegenüber der bestmöglichen Versorgung von Patientinnen und Patienten bevorzugt werden.

Ich fordere Sie daher auf, sich im Sinne der Versicherten klar gegen Regelungen zu positionieren, die die ärztliche Behandlungsfreiheit beschneiden und ökonomische Anreize über das Patientenwohl stellen. Medizinische Entscheidungen müssen frei von Quoten- oder Lobbydruck getroffen werden.

Ich bitte um eine Stellungnahme, wie sich die [eigene Kasse einsetzen] zu dieser Neuregelung verhält und welche Schritte Sie unternehmen, um die Interessen der Patientinnen und Patienten in dieser Angelegenheit zu wahren.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]